

**Gutachten sorgte im Beirat für heftigen Streit**

**LONDON.** Über das am vergangenen Freitag vorgestellte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums hat es im Vorfeld heftigen Streit gegeben. In dem Gutachten geht es darum, warum die Akzeptanz der Marktwirtschaft in der Bevölkerung abnimmt und was die Politik dagegen unternehmen kann. Die Mehrheit der Beiratsmitglieder fordert unter anderem eine grundlegende Reform des deutschen Schulsystems, um mehr Chancengleichheit zu erreichen. Nach Ansicht des Ex-Wirtschaftsweisen und Beiratsmitglieds Olaf Sievert ist das Gutachten jedoch nicht dazu geeignet, das schwindende Vertrauen in die Marktwirtschaft zu erklären und Lösungen zu entwickeln. Der Inhalt sei „keine adäquate Behandlung dieses großen Themas“, schrieb Sievert kurz vor der Verabschiedung der finalen Version an die Vorsitzende des Beirats, die Tübinger Professorin Claudia Buch.



**Beiratsmitglied Olaf Sievert:** „Orientierungslose Erörterungen“

„Durch dieses Gutachten weht der Wind der wirtschaftlichen Freiheit nicht, der Freiheit, die Glück und Scheitern mit sich bringt“, kritisierte der 76-Jährige in dem Brief, der dem Handelsblatt vorliegt. Schon bei der Frage nach der Erklärung des Akzeptanzproblems stehe der Beirat „mit leeren Händen da.“ Die wirtschaftspolitischen Erörterungen seien „vollständig orientierungslos“. Es werde zu viel Wert auf gerechte Ergebnisse gelegt. Claudia Buch wollte die interne Debatte auf Anfrage des Handelsblatts nicht kommentieren. Man habe den Text nicht kontroverser diskutiert als andere auch.

**Soziale Herkunft bestimmt Aufstiegschancen in Deutschland**  
In dem vorgelegten Gutachten spricht sich der Beirat mehrheitlich für eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems aus. „Eine als ungerecht empfundene Verteilung von Chancen und Risiken stellt für viele Bürger den zentralen Kritikpunkt am marktwirtschaftlichen System dar“, argumentiert das Gremium. Zumindest teilweise sei dieser Eindruck gerechtfertigt – vor allem, weil Bildungsweg und spätere Chancen auf dem Arbeitsmarkt in kaum einem Land so stark von der sozialen Herkunft abhängig seien wie in Deutschland. Eine Reihe von empirische Studien zeige, dass durch „ein längeres gemeinsames Lernen“ die Bildungserfolge von Kindern weniger stark von ihrem Elternhaus bestimmt würden. Um mehr Chancengleichheit zu schaffen, sollte der Staat zudem Kinder am besten schon im Kindergartenalter fördern. „Neuere Erkenntnisse der ökonomischen Bildungsforschung zeigen, dass bereits in den ersten Lebensjahren entscheidende Weichenstellungen für den späteren Berufserfolg vorgenommen werden.“

# Mutige Experimente gegen die Armut

Amerikanische Ökonomen feiern mit einer neuen Methode sensationelle Erfolge im Kampf gegen das Elend in der Dritten Welt.

**Christine Mattauch**  
New York

Die Antwort war eine Überraschung: Wurmuren! Seit Jahren beschäftigen sich Entwicklungshelfer mit der Frage: Was muss man tun, damit Kinder in armen Ländern regelmäßig zur Schule gehen? Weder kostenlose Schulbücher noch spezielle Trainings für Lehrer sind entscheidend – häufig sind es Wurmkrankheiten, die Klassenzimmer leeren. Die Parasiten befallen weltweit 400 Millionen Schulkinder. Bekämpft man die Krankheit, nimmt der Unterrichtsbesuch schlagartig um 20 bis 25 Prozent zu. Kosten pro Kind: lächerliche 50 Cent im Jahr.

Dieses Ergebnis gehört zu den größten Erfolgen des Poverty Action Lab am Massachusetts Institute of Technology (MIT). Die Denkfabrik, gegründet von den MIT-Ökonomen Abhijit Banerjee und Esther Duflo, bekämpft die Armut in der Welt mit einer für Entwicklungshelfer neuen Methode: Sie testen die Wirkungen von Hilfsprogrammen durch zufällig ausgewählte Kontrollgruppen.

Die Armutsforscher arbeiten ähnlich wie Pharmakologen, die neue Medikamente testen: Unter sonst gleichen Bedingungen beziehen sie zufällig ausgewählte Probanden in ein Projekt ein, andere nicht; bei wieder anderen wird das Programm variiert. Zur Frage, wie sich am besten der Schulbesuch steigern lässt, testeten die Ökonomen in den Slums von Delhi und in Busia (Kenia) das Verhalten Tausender Kinder.

**Die Entwicklungsökonomien mit Kontrollgruppen – wie Mediziner**

Ein wichtiges Forschungsfeld sind Kleinkredite für arme Familien und Unternehmer. Bei einem Projekt für den indischen Mikrofinanzierer Bandhan statten die Wissenschaftler vollkommene Mittellose mit einem bescheidenen Startkapital auf Sachbasis aus – etwa einer Nähmaschine oder einer Kuh. Bewährt sich das besser als ein Geldkredit?

Ein Experiment in Ghana soll Aufschluss darüber geben, weshalb Bauern zu wenig in ihre Farmen investieren. Scheuen die Farmer das Risiko, oder bekommen sie keinen Kredit? Je nach Ergebnis kann der Auftraggeber, das Landwirtschaftsministerium, künftig eine Versicherung gegen Ernteausfall anbieten oder den Kapitaltransfer erleichtern.

Mit ihren Experimenten betreten die MIT-Ökonomen in der Entwicklungshilfe-Forschung methodisches Neuland. Lange folgte die Hilfe für die Dritte Welt dem Prinzip: Je mehr Geld eingesetzt wird, desto besser. Später setzten Entwicklungsökonomien zur Qualitätsprüfung auf Interviews und Befragungen – die aber waren oft weder repräsentativ noch verlässlich.

Die MIT-Ökonomen haben mit ihrem neuen Ansatz eine Methodenrevolution ins Rollen gebracht. „Ich bin immer noch überrascht, wie erfolg-



**Olaf Storbeck**  
London

Es waren düstere Prognosen, mit denen die Wirtschaftsberater von Barack Obama für ein gewaltiges Konjunkturpaket trommelten. Ohne staatliche Nothilfen für die Wirtschaft drohe ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, warnten sie. Bis Mitte 2010 könne die Arbeitslosenquote auf neun Prozent klettern. Wenige Wochen später beschloss die US-Regierung das größte Konjunkturpaket aller Zeiten. Der Arbeitsmarkt aber entwickelte sich wesentlich schlechter, als die Obama-Berater gedacht hatten: Mittlerweile stehen fast zehn Prozent aller US-Beschäftigten auf der Straße.

Und damit ist das Schlimmste wohl noch nicht vorüber – sowohl in den USA als auch in den anderen Industriestaaten. Diese stellen die Ökonomen David Bell (University of Stirling) und David Blanchflower (Dartmouth College) in einer jüngst veröffentlichten Studie auf. Sie fassen den aktuellen wissenschaftlichen Forschungsstand zu Finanzkrisen und ihren Arbeitsmarktfolgen zusammen und leiten auf dieser Basis Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik ab.

Das Fazit ist ernüchternd: „Die Konjunkturerholung ist keinesfalls garantiert; die Folgen für die Beschäftigung sind womöglich schlimmer als gedacht.“ Die Geschichte zeige, dass Finanzkrisen stets große und lang anhaltende Schäden für Wachstum und Arbeitsmarkt anrichten. Bis es in den Industrieländern wieder so viele Jobs geben werde wie vor Ausbruch der Krise, werde es Jahre dauern.

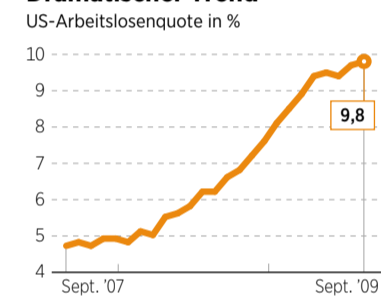
Die Wirtschaftspolitik dürfe sich keinesfalls darauf verlassen, dass sich die Probleme auf dem Arbeitsmarkt von allein legen. Denn die Massenarbeitslosigkeit sei nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht ein großes Übel – sie sei mit zahlreichen individuellen und gesellschaftlichen Folgeschäden verbunden. Im Extremfall könne es zu „sozialen Unruhen“ kommen, warnten die Forscher. Zahlreiche Studien deuteten darauf hin, dass es nur wenige andere Dinge gibt, die die Zufriedenheit der Menschen so sehr ein-

schränken wie der Jobverlust. Arbeitslose neigten viel eher zu Depressionen, hätten ein höheres Herzinfarkt- und Krebsrisiko und seien deutlich selbstmordgefährdeter. Mit steigender Arbeitslosenquote steige zudem die Zahl der Verbrechen.

**Berufseinsteiger leiden besonders stark – und dauerhaft**

Nicht alle Beschäftigten seien im gleichen Ausmaß betroffen. Geringqualifizierte, Ausländer und junge Leute seien überproportional stark betroffen. Fatal sei, dass Arbeitslosigkeit für Berufseinsteiger häufig mit erheblichen Langzeitfolgen verbunden sei. So zeigten Studien: Auch wenn arbeitslose Berufseinsteiger einen neuen Job fänden, landen sie später mit weit größerer Wahrscheinlichkeit erneut auf der Straße. „Dieses Phänomen ist viel größer als bei älteren Erwerbstätigen“, betonen Bell und Blanchflower. „Bei jungen Leute hinterlässt Arbeitslosigkeit tiefe Narben.“

**Dramatischer Trend**



Die gängigsten Waffen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dürften in der jetzigen Lage stumpf sein, betonen Bell und Blanchflower. In den vergangenen Jahrzehnten habe sich die Wirtschaftspolitik in den OECD-Ländern darauf konzentriert, Probleme auf der Angebotsseite des Arbeitsmarktes zu beheben. „Die derzeitige Rezession aber ist durch einen Kollaps der Nachfrage getrieben und hat wenig mit hoher Gewerkschaftsmacht, starren Löhnen, zu großzügiger Arbeitslosenunterstützung oder ähnlichen Problemen auf der Angebotsseite zu tun“, schreiben die Volkswirte.

**HOT PAPERS**

**Neue Studien aus der VWL**

**Lernfähige Kommission**

Seit 50 Jahren erlaubt oder verbietet die Europäische Kommission grenzübergreifende Fusionen von Konzernen. Nach einer langen Periode mit vielen Fehlschlägen sei das System der Fusionskontrolle inzwischen ausgereift, denn die Behörde habe aus eigenen Fehlern gelernt, konstatiert Bruce Lyons von der University of East Anglia in seinem Überblicksartikel „An Economic Assessment of EC Merger Control: 1957-2007“. Inzwischen könnten die Firmen besser vorsehen, wie die Kommission entscheidet, daher gebe es schnellere Entscheidungen und weniger Konflikte.

**Schädliche Autonomie**

Wenn Kommunen selbst entscheiden dürfen, wie viel Einkommensteuer ihre Bürger zahlen müssen, hat das zwei Folgen: Die Reichen ziehen in Orte mit niedrigen Steuern – bei den

Armen ist es genau andersherum, zeigen die Schweizer Forscher Christoph Schaltegger und Frank Somogyi in ihrer Studie „Tax Competition and Income Sorting“. Mögliche Folgen dieses Phänomens: wachsende Ungleichheit in Bezug auf Bildung und Einkommen.

**Schwache Gewerkschaft**

Je mehr Mitglieder der Stammbesatz gewerkschaftlich organisiert sind, desto eher stellt eine Firma Leiharbeiter ein. Diesen Zusammenhang legten die beiden Ökonomen René Böheim und Martina Zweimüller von der Universität Linz mit Daten aus rund 1000 britischen Firmen offen. „Unsere Ergebnisse zeigen, dass das Anheuern von Leiharbeitern auch eine Maßnahme gegen starke Gewerkschaften sein kann“, schreiben die Forscher in ihrer Studie „The Employment of Temporary Agency Workers in the UK: With or Against the Trade

Wie sollte die Wirtschaftspolitik reagieren? Von klassischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen raten die Forscher strikt ab. Die ökonomische Forschung zeige klar: Solche Projekte hätten wenig bis gar keine positiven Wirkungen.

Stattdessen solle die Politik den Betroffenen Gruppen unter die Arme greifen – vor allem jungen Leuten. Die Forscher plädieren vor allem für eine vorübergehende Aufstockung der Bildungsausgaben. In Rezessionen zögen sich viele junge Leute vorübergehend vom Arbeitsmarkt zurück und bildeten sich weiter. „Das ist ein vernünftiges Verhalten, das der Staat unterstützen sollte.“ Daher mache eine vorübergehende Aufstockung der Studienplätze Sinn.

Auch Lohnsubventionen für Berufseinsteiger seien eine Option – allerdings bestehe dabei das Risiko, dass es zu Verdrängungseffekten komme, weil Unternehmen dann möglicherweise im Gegenzug älteren Arbeitnehmern kündigen würden.

**Konjunkturprogramme nicht zu schnell zurückfahren**

Die wichtigste Botschaft von Bell und Blanchflower ist: Die Konjunkturprogramme und die lockere Geldpolitik dürften keinesfalls zu schnell wieder zurückgefahren werden. Die momentane Konjunkturerholung sei zumindest teilweise den Hilfsprogrammen geschuldet, zum Beispiel den Abwrackprämien für Neuwagenkäufer. Den Prognosen, die eine Erholung vorhersagen, trauen die Ökonomen nicht über den Weg: „Die Prognostiker haben die Rezession nicht kommen sehen und sind möglicherweise auch jetzt wieder zu optimistisch. Es gibt immer noch das Risiko eines verlorenen Jahrzehnts, wie es Japan in den 90er-Jahren erlebt hat.“

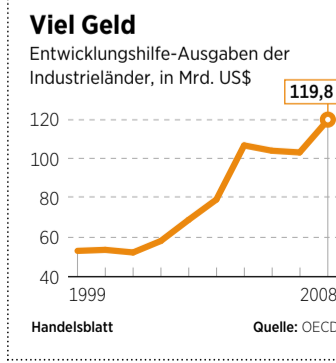
**„What Should be Done About Rising Unemployment in the OECD?“** von David Bell und David Blanchflower, IZA Discussion Paper Nr. 4455 (2009)  
**Download der kompletten Studie über [www.handelsblatt.com/link](http://www.handelsblatt.com/link)**

**ENTWICKLUNGSHILFE**

**Rekordniveau** Im Jahr 2008 haben die OECD-Staaten insgesamt 119,8 Milliarden Dollar für Entwicklungshilfe ausgegeben – so viel nie zuvor. Die Summe entspricht 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Industriestaaten. Gegenüber dem Vorjahr stiegen die Ausgaben real um mehr als zehn Prozent.

**Umstritten** Über die Wirkungen von Entwicklungshilfe ist unter Volkswirten ein heftiger Streit ausgebrochen. Zahlreiche Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Entwicklungshilfe mehr schade als nütze.

**Zielgerichtet** Neuere Studien lassen Entwicklungshilfe jedoch in einem positiveren Licht erscheinen. Entscheidend für die Wirkung ist offenbar, was mit der Hilfe erreicht werden soll. Gelder, mit denen die Geberländer sich die politische Loyalität von Regierungen sichern wollen, versickern. „Echte“ Entwicklungshilfe hat dagegen sehr wohl messbare positive Wirkungen.



reich wir sind“, sagt Banerjee. „Innerhalb kurzer Zeit sind wir zu einer Stimme in der Entwicklungspolitik geworden, die gehört wird.“

Dabei war die Gründung des Poverty Action Lab eher ein Zufall: Die MIT-Forscher, die schon einige Jahre mit dem Kontrollgruppen-Ansatz arbeiteten, hatten zum Ende 2003 noch Geld übrig – und gründeten kurzerhand das Armutslabor. Heute zählen 34 Forscher an 21 Unis zu dem Netzwerk; die Organisation hat Ableger in Chennai (Indien), Santiago (Chile) und seit 2007 auch in Paris.

**Private Spenden finanzieren einen Großteil der Arbeit**

Das Institut hält den Akademikern organisatorisch den Rücken frei und sorgt dafür, dass sie sich auf ihre Forschungen konzentrieren können. Über 100 feste Mitarbeiter halten Kontakte zu Geberorganisationen, bringen Projekte auf den Weg und sorgen für deren Finanzierung.

Den laufenden Betrieb sichern Großspender wie die des wohlhabenden MIT-Absolventen Mohammed Abdul Latif Jameel, der heute den weltweit größten unabhängigen Toyota-Vertrieb leitet. Die privaten Auftraggeber müssen allerdings damit leben, dass die Forscher ihre Ergebnisse veröffentlichen und diese damit auch der Konkurrenz zur Verfügung stehen. „Wir sind Wissenschaftler und keine Consultants“, betont Karlan.

Neben der Mikrofinanzierung konzentrieren sich die Projekte auf die Themen Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft. Manches Naheliegender wird bestätigt, etwa dass Boni-

**Dorfschule für Slum-Kinder in Indien:** Wurmuren reduzieren die Fehlzeiten der Schüler.

wendung, während die MIT-Kollegen eher einen akademischen Schwerpunkt haben“, sagt Yale-Ökonom Dean Karlan, der das IPA gründete. Die Arbeitsteilung scheint sich zu bewähren: Die gemeinnützigen Organisationen unterstützen sich gegenseitig bei Projekten, viele Wissenschaftler sind in beiden Netzwerken vertreten. Der Bedarf an Studien ist so groß, dass beide gut ausgelastet sind: Bei J-PAL laufen 108 Projekte, bei IPA sind es 158. Mit 180 Angestellten in 27 Ländern ist IPA bereits größer als sein Vorbild vom MIT.

Die Forscher arbeiten für private Wohltäter wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung, für die Weltbank und andere internationale Organisationen sowie für nationale Initiativen wie Seva Mandir in Indien.

Auch Privatunternehmen heuern die Forscher an: Google zum Beispiel entwickelt derzeit mobile Anwendungen für arme Bevölkerungsgruppen in Afrika

und lässt den Erfolg von IPA testen. Die privaten Auftraggeber müssen allerdings damit leben, dass die Forscher ihre Ergebnisse veröffentlichen und diese damit auch der Konkurrenz zur Verfügung stehen. „Wir sind Wissenschaftler und keine Consultants“, betont Karlan.

Neben der Mikrofinanzierung konzentrieren sich die Projekte auf die Themen Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft. Manches Naheliegender wird bestätigt, etwa dass Boni-

**„Ich bin immer noch darüber überrascht, wie erfolgreich wir sind.“**

**Abhijit Banerjee**  
Poverty Action Lab

**„Die Methode ist bei bestimmten Projekten sinnvoll, aber nicht auf alle Fragestellungen anwendbar.“**

**Alexandra Caspari**  
FH Frankfurt

Es haben J-PAL und IPA auf jeden Fall erreicht: Plötzlich beschäftigt sich die Zunft mit einem Thema, das früher kaum beachtet wurde – schon gar nicht von Ökonomen, die Karriere machen wollten. Auch in Deutschland wird die Methode diskutiert. „Sie ist bei bestimmten Projekten sinnvoll, aber nicht auf alle Fragestellungen anwendbar“, sagt Alexandra Caspari, Evaluationspezialistin und Professorin an der Fachhochschule Frankfurt am Main. Vor allem makroökonomische Fragen ließen sich kaum mit Vergleichsgruppen beantworten. Wie etwa solle man die Wirkung des Bildungsbudgets von Kenia oder die Subventionspolitik von Südafrika mit einer Kontrollgruppe testen? Einen Alleinvertretungsanspruch hat Banerjee allerdings nie formuliert. „Natürlich gibt es auch andere Ansätze, die nützlich und anwendbar sind“, betont er. „Aber der Kontrollgruppen-Ansatz bewirkt, dass wir heute viele unserer Entscheidungen auf einer belastbaren Basis treffen können. Das war vor zehn Jahren noch anders.“

Manche Praktiker jedoch sind nach wir vor skeptisch und lehnen es ab, ihre Arbeit bewerten zu lassen. „Die Betroffenen haben in der Regel von dieser Art von Wissenschaft gar nichts, und soziale Prozesse lassen sich so sowieso nicht ausreichend abbilden“, sagt der Bereichsleiter einer großen deutschen Entwicklungshilfeorganisation.

Kritiker bezweifeln zudem, dass man Probleme in Indien lösen kann, indem man Ergebnisse eines Experiments in Afrika heranzieht – die kulturellen Unterschiede seien zu groß.

**H** Forschungstrends aus VWL und BWL per E-Mail: [handelsblatt.com/oeikon](http://handelsblatt.com/oeikon)